

Neues E-Government für die Schweiz

Ein Masterplan in Form einer umfassenden «Enterprise Architecture» für den öffentlichen Sektor ist für den Staat eine Überlebensfrage.

VON REINHARD RIEDL*

E-Government bedeutete früher Internet-Kommunikation zwischen Behörden und Bürgern. Im Zentrum standen lange staatliche Web-Portale. Nach dieser alten Interpretation von E-Government zählt die Schweiz zu Europas Schlusslichtern und belegt bei der jährlichen europäischen Benchmarkstudie von Capgemini traditionell einen der letzten Plätze. Derzeit ist der Aufstieg ins europäische Mittelfeld bei dieser Studie nicht einmal eine vage Hoffnung. Er ist aber auch nicht das Ziel, weil die Studie auf die Anzahl der Online-Angebote fokussiert statt auf ihren Nutzen.

Als Ergebnis des interdisziplinären Dialogs in der Forschung betrachten wir E-Government heute aus einer ganzheitlichen Perspektive. Wir sprechen vom «Light Government» und verstehen darunter einen schlanken Staat, wie er durch die Nutzung von IT zur Effizienz- und Qualitätssteigerung der Behördenarbeit möglich wird. Bürgerfreundliche Web-Portale sind auch hier ein wichtiger Aspekt, aber nicht der einzige. Es geht vielmehr um die Schaffung einer reifen IT-Infrastruktur für die öffentliche Verwaltung als Ganzes. Sie soll für alle Akteure die Informationsbeschaffung und -verarbeitung vereinfachen, die Zusammenarbeit – insbesondere der Behörden untereinander – unterstützen und helfen, die anfallenden Verwaltungskosten zu minimieren.

Hier ist die Restrukturierung von Aufbau- und Ablauforganisation von zentralem Interesse. Dienstleistungs- und Geschäftsprozessorientierung, Transparenz, Compliance, Innovationsmanagement und Einsparung durch Mehrfachnutzung sind wesentliche Elemente im neuen E-Government. Ziel ist es, die gleichen Leistungen mit weniger Ressourcen und trotzdem höherer



Die Schweiz braucht dringend ein ganzheitliches Konzept für E-Government. Sein Name: «Light-Government».

Qualität zu erbringen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Trennung von Vertrieb, Ausführung und Kontrolle wichtig.

Der Staat soll eine moderne Architektur erhalten, die Erfolgskonzepte aus der Privatwirtschaft mit lang bewährter Behördenarchitektur verbindet. In dieser modernen Architektur wird Kontrolle dezentral bleiben, wo es das Subsidiaritätsprinzip verlangt. Die Ausführung, durch die zentrale IT-Infrastruktur unterstützt, wird dort stattfinden, wo dies mit maximaler Effizienz und Qualität möglich ist.

Nimmt man dieses Ziel zum Massstab, wäre an sich die Schweiz gut positioniert, weil hier Behörden gut arbeiten. Die Schweiz besitzt eine traditionell gute Behördenstruktur und steht wie alle anderen bei der Nutzung des IT-Potenzials am Anfang. Die Ausgangsposition im neuen E-Government ist äusserst günstig, um durchzustarten und eines der führenden Länder Europas zu

werden. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Schweiz besitzt ein gut funktionierendes, reifes, auf traditionellen Grundwerten basierendes Staatswesen mit vergleichsweise hoher Transparenz. Die Schweizer Volkswirtschaft ist äusserst leistungsfähig und die Schweiz zählt in Bezug auf die Internet-Nutzung durch Bürger und Behörden weltweit zu den führenden Ländern.

Anfang 2006 hat der Bundesrat eine neue Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz formuliert und am 24. Januar 2007 hat er eine neue E-Government-Strategie Schweiz verabschiedet. Die E-Democracy/E-Voting-Pilotprojekte der Kantone Genf, Neuenburg und Zürich gelten international als vorbildlich. Ein Entwurf für eine E-Health-Strategie wurde erarbeitet – derzeit wird das Resultat der Ende März 2007 beendeten Anhörung analysiert. Mit «eCH» besitzt die Schweiz ein vorbildliches, im Milizsystem organisiertes Standardisierungsgremi-

um. Im Bereich der Architektur werden derzeit vom Informatikstrategieorgan Bund und von Schweizer Forschern wegweisende Zukunftskonzepte entwickelt. In einzelnen Bundesverwaltungen gibt es auf Leitung- und Mitarbeiterbene immer mehr Befürworter für einen Wandel hin zu einer konsequenten Nutzung des IT-Potenzials.

Damit aber ein «Durchstarten» möglich wird, müssen es Parlamente, Regierungen und Behörden auf allen Ebenen wollen und unterstützen wobei dies auch für Beamte, Unternehmen und Bürger gilt. Zudem sollte der Föderalismus, der bisher vieles blockierte, als Treiber des neuen E-Government instrumentalisiert werden. Indem Behörden durch die Nutzung von IT und eine begleitende Reorganisation ihrer Strukturen Kosten sparen und in der Folge Steuern gesenkt werden können, besteht die Chance, über den Steuerwettbewerb die Realisierung eines «Light Government» auf Wettbe-

werbsbasis zwischen den Kantonen zu beschleunigen. Das daraus resultierende Risiko, dass inkompatible Insellösungen entstehen, muss vom Bund gemanagt werden. Notwendig ist ein Masterplan in Form einer umfassenden «Enterprise Architecture» für den öffentlichen Sektor, sowie syntaktische und semantische Standards für den Informationsaustausch zwischen Behörden. Mit einer gemeinsamen Dacharchitektur kann das Insellösungsrisiko verringert und gleichzeitig sichergestellt werden, dass am Ende eine umfassende Zusammenarbeit über Verwaltungsbereiche und Kantonsgrenzen hinweg möglich ist.

Das Hauptdefizit derzeit ist der fehlende politische Druck. Es fehlt das Bewusstsein, dass das «Government-Business as usual» keine zukunftstaugliche Option ist. Unabhängig davon, ob der liberale Nachwächterstaat oder der vollaufgebaute Sozialstaat bevorzugt wird, wachsen die Aufgaben für den Staat permanent. Man könnte die Situation für einige Zeit entschärfen, indem mehr Beamte angestellt würden oder der Katalog öffentlicher Aufgaben verringert würde – aber schlussendlich wird einen die wachsende Quantität und Komplexität der staatlichen Aufgaben wieder einholen. Light Government ist kein «nice to have», sondern eine Überlebensfrage für den Staat. Die Zeiten, als staatliche Stabilität durch Unbeweglichkeit garantiert werden konnte, sind vorbei. In Zukunft wird ein stabiler Staat nur durch Behördenflexibilität sichergestellt werden können. Dafür müssen alle Akteure endlich an einem Strang ziehen – nach dem Motto «Gemeinsam vorne statt allein Letzter!»

* PROF. DR. REINHARD RIEDL LEITET DAS KOMPETENZZENTRUM PUBLIC MANAGEMENT UND E-GOVERNMENT DER BERNER FACHHOCHSCHULE.

Fortsetzung von Seite 1

Absatzmärkte für spezialisierte IT-Lösungen finden sich hierzulande en masse. Besonders in Branchen mit strengen gesetzlichen und regulatorischen Auflagen, hohem Innovationsdruck und globaler Ausrichtung sind Projektlösungen gefragt, die tiefes Fachwissen und Rechts-Knowhow voraussetzen. Insgesamt arbeiten in der ICT-Branche rund 230 000 Personen, die etwa 5,5 Prozent des Gesamtmarktes ausmachen. Einem kürzlich veröffentlichten Bericht des Bakom zufolge wird in der Schweiz mit jährlich etwa 2 700 Franken pro Kopf im weltweiten Vergleich am meisten für Informations- und Kommunikationstechnologien ausgegeben.

Schwachstelle E-Government

Trotz der guten Platzierungen in den relevanten IT-Rankings schneidet die Schweiz in Studien, die das Thema E-Government untersuchen, in der Regel schlecht ab. In ei-

ner 2006 von Capgemini europaweit durchgeführten Untersuchung belegte sie nur den 22. und damit zweitletzten Platz. Die Gründe dafür sind weniger beim Investitionsvolumen als viel mehr in den föderalistischen Strukturen zu suchen. Die Schweiz mit ihren sieben Millionen Einwohnern und vier Landessprachen besteht aus einem Bundesstaat, 26 Kantonen und rund 2700 Gemeinden. Während Kleinstgemeinden vielfach noch ohne Einsatz von IT arbeiten, setzen mittelgrosse Verwaltungen Standard-Software ein, nach Möglichkeit integriert mit Spezialanwendungen oder Systemen von Bund und Kanton. Grössere Verwaltungseinheiten wie Städte und Kantone leisten sich zudem auch Individualentwicklungen.

Zu Beginn dieses Jahres hat der Schweizer Bundesrat seine E-Government-Strategie verabschiedet, was positive Impulse für die Branche haben sollte. Und schon mit den Parlamentsbeschlüssen vom Juni

2006 betreffend neuer AHV-Nummern und Registerharmonisierungsgesetz (RHG) wurden die Türen für mehrere, seit Jahren vorbereitete Rationalisierungsschritte im E-Government weit geöffnet, namentlich für die Volkszählung 2010 und für den elektronischen Datenaustausch zwischen kommunalen Einwohnerkontrollen.

Ingenieurnachwuchs fördern

Der akute Mangel an Fachkräften könnte sich als Hemmschuh für die weitere Entwicklung des ICT-Standorts Schweiz entpuppen. Der Ingenieurwachstum muss gefördert werden. Praxisferne Ansätze sollten auch auf Hochschulstufe gezielt hinterfragt werden. So können etwa angehende Informatik-Ingenieure an der ETH Zürich mit dem Bologna-Modell zwischen einem Industriepraktikum und einer rein theoretischen Arbeit wählen. Akzentuiert

wird der Effekt dieses neuen Modells durch die Vorgabe, das Praktikum bereits zur Erlangung des Bachelors absolvieren zu müssen. Das heisst, das früher sehr praxisnahe Praktikum degeneriert zu einem realitätsfernen Ausbildungsblock für Basiswissen zu Lasten der Industrie. Solche Vorgaben sind gelinde gesagt kontraproduktiv.

Die Stärkung der Informationsgesellschaft hat sich der Branchenverband ICTSwitzerland auf die Fahnen geschrieben. Dazu zählen zahlreiche Aktivitäten zum «Jahr der Informatik 2008», die die Bevölkerung auf die verschiedenen Aspekte und Probleme auch im Ausbildungsbereich sensibilisieren sollen. Der Verband unterstützt zudem Förderaktionen im Bereich ICT-Kompetenz in Erstausbildung und Lifelong Learning, E-Government und E-Democracy. Bis Ende 2007 soll ausserdem ein Clustering der ICT-Landschaft Schweiz durchgeführt werden.



ZUR PERSON

Stefan Arn ist seit Mai 2006 Präsident von ICTSwitzerland, dem Dachverband der Schweizer Informatik- und Telekommunikationsverbände. Der diplomierte Informatik-Ingenieur ETH war bis anfangs Jahr Inhaber und CEO der AdNovum-Gruppe in Zürich. Er leitet seither bei der UBS als Managing Director das Ressort «Stream Delivery Unit Clients & Products» im Geschäftsbereich IT von Global Wealth Management & Business Banking (GWM&BB) mit weltweit über 1000 Mitarbeitern. Stefan Arn war «Entrepreneur of the Year 2003».